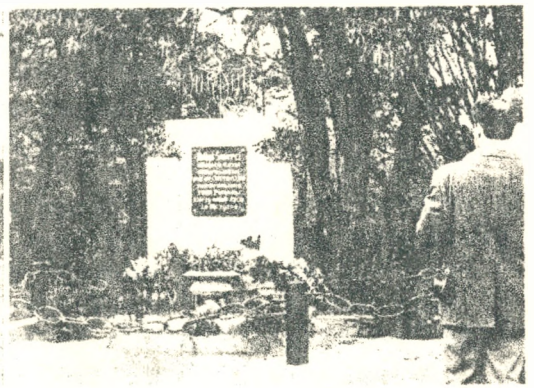


DER MAHNRUF

MITTEILUNGSBLATT FÜR DIE MITGLIEDER DER VVN WESTBERLIN



55

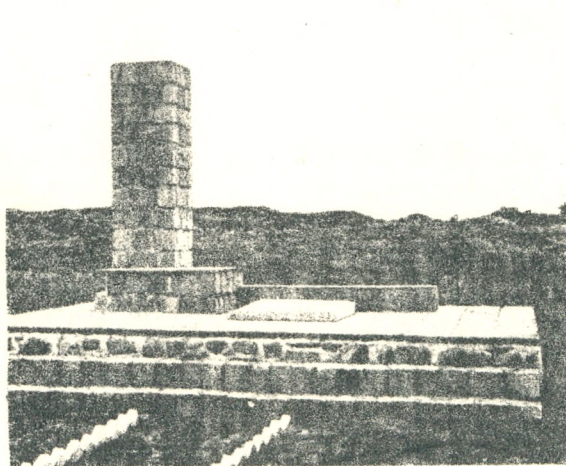


56

- 55. Bydgoszcz. Wzgórze Wolności. Friedhof der Naziopfer.
- 56. Chojnice. „Todestal“, Ort der Ermordung von 2000 Polen.
- 57. Paterek, Kreis Wyrzysk. Denkmal zu Ehren der Opfer des Naziterrors.
- 58. Bydgoszcz. Gedenktafel an einer der Hinrichtungsstätten.

Vier von zweitausend Gedenkstätten für Naziopfer in Polen. - Siehe den Beitrag auf Seite 2: "Für Unverbesserliche und Vergeßliche"

57



58



Vietnam und wir

Unserer Erkenntnis und unserem Gelöb-
nis von 1945 "NIE WIEDER FASCHISMUS
UND KRIEG" kommt heute größere Bedeu-
tung denn je zu.

Die heutige amerikanische Aggression
in Vietnam trägt Wesenszüge der ein-
stigen Aggressionen Hitler-Deutsch-
lands: ein unmotivierter Angriffs-
krieg auf ein - zudem weit entfern-
tes - kleines Land; eine barbarische
Kampfesführung, der völlig unschuldige
zivile Menschen, Männer, Frauen
und Kinder zu Hunderttausenden zum
Opfer fallen; die Anwendung der un-
menschlichen Taktik der verbrannten
Erde, verübt mit modernsten Flugzeu-
gen und Schreckenswaffen, mit Napalm
und Giftgasen.

Diese und noch andere Merkmale kenn-
zeichnen das Vietnam-Abenteuer der
herrschenden Kreise der USA als ein
großes Völkerverbrechen, eben als
den schmutzigen Krieg, der in der
ganzen Welt Abscheu, Erbitterung und
leidenschaftlichen Protest hervor-
ruft. In Wahrung unseres Gelöbnisses
von 1945 erklären wir deshalb:
Alle friedfertigen Menschen in der
Welt, alle friedliebenden Nationen
haben nicht nur das Recht, sondern
die Pflicht, die sofortige Einstel-
lung des schmutzigen Krieges in Viet-
nam von der Regierung der USA zu for-
dern!

Wie überall auf der Welt wächst auch
hier bei uns in Westberlin Erkennt-
nis und Wille, diese gerechte Forde-
rung durchzusetzen. Diesem Willen
gab die machtvolle Demonstration von
Tausenden Westberlinern, in der Mehr-
heit Angehörige der akademischen Ju-
gend, am 5. Februar überzeugenden
Ausdruck. Wir begrüßen diese von de-
mokratischer Verantwortung getragene
Willenskundgebung, durch die dokumen-
tiert wurde, daß die Kräfte der Ver-
ständigung und des Friedens, die sich
von dem Ungeist der Vergangenheit ab-
gekehrt haben, ein starkes Fundament
haben; daß unser Gelöbniß "Nie wie-
der Faschismus und Krieg" wach und
lebendig in weiten Kreisen unserer
Stadt ist.

Um so mehr aber haben wir Veranlas-
sung uns gegen die Machenschaften je-

ner kalten Krieger um und hinter Lem-
mer und Amrehn zu wenden, die diese
von Humanität und Solidarität getra-
gene Willenskundgebung von Westber-
lin auf jede nur mögliche Weise zu
diffamieren suchen und dabei selbst
nicht vor den Mitteln des Terrors
zurückschrecken, wie das Kesseltrei-
ben gegen Wolfgang Neuss und andere
ihrer Maßnahmen beweisen.

Das Wirken dieser Kreise, die ja zu-
gleich für eine westdeutsche Betei-
ligung an der Vietnam-Aggression
eintreten, kann für alle Westberli-
ner nur äußerst schädliche Folgen
haben. Wir alle haben deshalb Anlaß
alles zu tun, damit die gefährlichen
Vorhaben dieser Kreise zum Scheitern
gebracht werden.

Ginge es nach ihrem Willen, könnte
es sein, daß das Grausige, das sich
heute in Vietnam vollzieht, morgen
bei uns geschieht. Die Ausweitung
(Eskalation) der amerikanischen Ag-
gression kann jeden Tag in einen
weltweiten Konflikt einmünden. Eine
westdeutsche Einmischung und Betei-
ligung daran - man ist dazu willens
und bereitet sie vor - verstärkt die-
se Gefahr ungeheuer und damit die
Möglichkeit, daß sie sehr schnell
auf deutschen Boden zurückfallen
kann.

Denken wir zurück an Stalingrad, und
denken wir zurück an die Apriltage
des Jahres 1945 in Berlin. - Ein er-
neutes Mal würden sie sich noch weit
grauenhafter vollziehen!

Je mehr wir Tag für Tag mit den uns
gegebenen Mitteln der Solidarität
und des Protestes darum ringen, daß
der schmutzige Krieg in Vietnam ein
Ende findet, um so mehr helfen wir
uns auch selbst, verhindern wir, daß
die Schrecken des Terrors und der
Gewalt über uns kommen können.

Wenn wir alle in Frieden leben wol-
len muß das Gelöbniß "Nie wieder Fa-
schismus und Krieg" heute und morgen
immer neue Bewährung finden. Deshalb
geht das Schicksal des vietnamesi-
schen Volkes uns alle an - es ist
mit dem unsrigen sehr eng verbunden.

Für Unbelehrbare u. Vergeßliche

- In Warschau erschien ein einmaliges und einzigartiges Buch -

Als Ergebnis einer jahrelangen, mühevollen und verantwortungsbewußten Arbeit im Dienste des Friedens erschien jetzt ein hervorragendes polnisches Buch auch in deutscher Sprache:

"Stätten des Kampfes und des Märtyrertums 1939 - 1945 / Jahre des Krieges in Polen". Dieses Werk, als ein "Guide" bezeichnet, ist ein einzigartiger Führer durch das polnische Land, in dem auf 374 Textseiten, ergänzt durch einen Bildteil mit 291 Fotos, sämtlich Stätten des Kämpfens und Leidens unter dem Faschismus aufgeführt und beschrieben sind. (Dabei wird nicht ausgeschlossen, daß es noch immer bisher nicht bekannte Mordstätten gibt, da erst in letzter Zeit wiederholt solche entdeckt wurden.)

Allein in Warschau und seinen Vororten befinden sich 208 Gedenkstätten, von dem erhabenen Denkmal für die 400 000 Ghetto-Opfer bis hin zum Erinnerungsmal für einzelne Kämpfer und Opfer, wie z.B. für den Sportler und Olympiasieger Janusz Kusocinski am Hause Noakowskiego-Straße 16, der 1940 erschossen wurde. Unvorstellbar viel Blut ist hier geflossen - und so war es in allen Teilen des Landes, erwiesen durch eine einzige, erschütternde Zahl: von 1000 Einwohnern Polens verloren 220 durch die widerrechtlich eingedrungenen Faschisten ihr Leben! (Über 6 Millionen polnische Männer, Frauen und Kinder wurden getötet. In dieser Zahl nehmen die in regulären Kriegshandlungen Gefallenen nur einen geringen Prozentsatz ein.)

Ergänzt wird dieses Druckwerk durch zwei farbige Faltkarten; die eine enthält die Orte der Naziverbrechen von 1939 bis 1945, die andere zeigt die Stätten der Befreiungskämpfe und der Beteiligung daran, nämlich jeweils durch reguläre polnische Truppen, polnische Partisanen- und Divisionsverbände, reguläre Truppen der Sowjetarmee, sowjetische Partisaneneinheiten, reguläre Truppen der Tschechoslowakischen Volksarmee (im Süden des Landes) und - deutsche

Antifaschisten, deren Beteiligung an Kämpfen in Warschau, Wroclaw (Breslau), Bialystok, Rzeszow und fünf weiteren Orten ausgewiesen wird.

Mit dem Buch und seinen Karten wird die Erinnerung an nahezu 2 000 Stätten des Mordens und der Qualen wachgerufen, vor allem an die KZ- und Massenvernichtungslager, Massenhinrichtungsstätten und Massengräber.

Hier sei nur auf einen dieser Orte hingewiesen, den auch viele Deutsche kennen, weil schon damals, in den Kriegsjahren, darüber gesprochen, meist jedoch nur geflüstert wurde. Es ist das frühere Kriegsgefangenenlager Lamsdorf, etwa in der Mitte an der Bahnstrecke zwischen Oppeln und Neiße gelegen. Lamsdorf war schon nach 1870 und 1914 Gefangenenlager. Im zweiten Weltkrieg hieß es dann offiziell STALAG VIII B und F 344. Ab 1939 wurden hier Polen, Engländer, Franzosen, Kanadier und zuletzt Sowjetsoldaten gefangengehalten. Auch Tausende Teilnehmer am Warschauer Aufstand wurden hier eingeliefert. Von den insgesamt rund 300 000 Gefangenen waren etwa 200 000 Sowjetbürger. Dazu heißt es in dem Buch:

"...Diese wurden noch unmenschlicher behandelt als alle übrigen und unter freiem Himmel gehalten. Sie wurden ausgehungert und für "Vergehen" mißhandelt und gefoltert. Es wurden auch Exekutionen an sowjetischen Kriegsgefangenen und Warschauer Aufständischen vollzogen. Insgesamt büßten im Lager sowie in seinen Nebenlagern und Kommandos über 100 000, größtenteils sowjetische Kriegsgefangene, ihr Leben ein. Vor ihrem Rückzug erschossen die Nazis einen Teil der Gefangenen, die sie nicht mehr zu evakuieren vermochten. Ihre Leichen wurden in Massengräbern aufgefunden!"

Zu Ehren der 100 000 in Lamsdorf auf vielfache Weise Ermordeten wurde dort ein Denkmal errichtet. Außerdem ist vorgesehen, ein Museum mit ständiger Ausstellung einzurichten.

Das, worüber damals die Leute in der Umgebung Lamsdorfs, in Oppeln und Neibe, flüsterten, (in Lamsdorf befand sich auch ein Fliegerhorst und viele der dort Stationierten kannten die grausigen Zustände im Gefangenenlager und erzählten davon) findet in dem Buch eine knappe, sachliche, von Haßgefühlen freie Bestätigung. Und so wie in Lamsdorf, wo allem Kriegerrecht zuwider massenweise über Jahre hinweg Soldaten auf schändlichste Weise von den deutschen Faschisten ausgehungert und zu Tode gequält wurden, so war es auch an anderen Orten des weiten Landes.

Das Buch, das über alle diese Verbrechen berichtet, verdankt seine Entstehung einer vom polnischen Parlament, dem Sejm, angeregten Aktion zur würdigen Herrichtung aller dieser Stätten. Das erfolgt durch den "Schutzrat für Kampf- und Märtyrerstätten" in Zusammenarbeit mit dem ZBOWID, dem Verband polnischer Freiheitskämpfer. Damit ergab sich auch die Grundlage für die Herausgabe des Buches, in dessen Vorwort der Vorsitzende des Schutzrates, Janusz Wiczorek, u. a. erklärt:

"...Seit der tragischen Zeit der Naziokkupation sind bereits 20 Jahre vergangen. Durch die Herausgabe dieser Publikation wollen wir im Gedächtnis unseres Volkes und anderer Völker die entsetzlichen, von Grauen und zugleich von Heroismus und Opfermut erfüllten Geschehnisse jener Jahre in Erinnerung rufen und verewigen. Es ist unsere Absicht, die Tragik und die Größe der vergangenen Tatsachen vor Vergessenheit zu bewahren, das Gedenken der Helden und Märtyrer, die für ihr Vaterland ihr Leben gaben, zu ehren und ihnen unsere Huldigung darzubringen...

Doch hier geht es nicht nur darum. Diese Ausgabe besitzt einen anderen, unvergänglichen Wert. Den Wert des Dokuments! Und derartige Dokumente werden um so mehr notwendig, je kürzer das Gedächtnis mancher Staatsmänner und Politiker im Westen ist, je mehr sich infolge ihrer Tätigkeit die Geschehnisse jener Jahre, der Zeiten der Entwürdigung und des Todes im Gedächtnis der Menschen verwischen. Dieses Dokument beweist deut-

Wozu eine Bürger-Miliz?

Aus der faschistisch regierten Südafrikanischen Union wurde am 11. Februar berichtet, daß in Johannesburg eine Bande von weißen Jugendlichen farbigen Einwohnern nachspürte, sie "verhörte" (mit Gummiknüppeln, Pistolen und Handschellen), festnahm und der Polizei übergab. Allein an einem Tage nahmen die "Herrensöhne" 15 Verhaftungen vor. - Der Vorfall erinnert an die einstige SA-Hilfspolizei, die 1933 eingesetzt wurde, um das Hitler-Regime durch Terror und Mord zu stützen. - -

Bei uns in Westberlin plant man jetzt die Aufstellung einer Bürger-Miliz, obwohl wir ausreichende Polizeikräfte, außerdem die Truppen der Westalliierten haben. Da in Westberlin niemand bedroht ist und wird, fragen wir: Wozu eine Bürger-Miliz? Gegen w e n soll sie eingesetzt werden? W o z u soll sie dienen?

lich, in welchen Abgrund der Krieg, der deutsche Militarismus und Faschismus die ganze Welt gestürzt haben. Das eben ist der Zweck unserer Ausgabe."

Dieses Dokumentarwerk müßte in allen deutschen Bibliotheken seinen festen Platz finden, es müßte vor allem unserer Jugend zugänglich gemacht werden, die zum Teil auf Grund der elterlichen Erziehung oder der Umwelt, wobei die Schule nicht auszuschließen ist, über das wahre Wesen des Nationalsozialismus und seine Untaten nur mangelhaft oder sogar falsch informiert ist.

Und noch eines: Dieses Buch müßte in der Bundesrepublik eigentlich allen den zur Pflichtlektüre gemacht werden, die trotz allem in Polen Geschehenen heute den traurigen Mut aufbringen, Teile dieses Landes zurückzufordern und dort auf ein vermeintliches "Recht auf Heimat" zu pochen wagen. - (Verlag "Sport i Turystyka, Warschau, 1965. Preis 86.- Zloty)

Solange die Arbeiterklasse uneinig ist...

Am 30. Januar, dem Jahrestag der Hitlerschen Machtergreifung im Jahre 1933, fand im vollbesetzten Saal des Jüdischen Gemeindehauses eine Veranstaltung des Bundes der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten statt, die unter dem Leitwort 'Gegen Bücherverbrennungen, Hakenkreuze und Morddrohungen' stand.

Der Vorsitzende der Verfolgtenorganisation, Adolf Burg, erklärte in seinen einleitenden Worten u. a.:

"Die neonazistischen Exzesse sind die Folge einer gefährlichen Entwicklung in der Bundesrepublik." Die Demokratie werde in der Bundesrepublik zugunsten der Nazis mißbraucht. Er forderte, daß "auf die Anklagebank auch die Politiker gehören, die Revanchismus und Neonazismus hochzüchten".

Danach sprach Probst D. Dr. Heinrich Grüber, der vor den "unheilvollen Anzeichen", eben den nazistischen Ausschreitungen und Morddrohungen der letzten Zeit warnte. Diese Taten seien nicht der "eigenständigen Phantasie" der zumeist noch sehr jungen Täter entsprungen, meinte der Redner und prangerte damit das Versagen der älteren Generation, vor allem der Lehrer und Erzieher an. Grüber fragte: "Ist es nicht alarmierend, daß im heutigen Deutschland wieder amtliche Stellen alles das so harmlos hinstellen, was vor einer Generation den Anfang des bitteren Endes bedeutete?"

Als letzter Redner sprach dann der Intendant der Freien Volksbühne, Erwin Piscator. Er verlas aus zahlreichen Schmäh- und Drohbriefen, die er wegen der Aufführung des Auschwitz-Stückes von Peter Weiss "Die Ermittlung" erhalten hatte, einzelne Stellen, die erschreckend deutlich machten, welchen Umfang der nazistische Ungeist auch noch im heutigen Westberlin hat und welche Gefahr er für heute und morgen darstellt. Temperamentvoll nahm Erwin Piscator in freier Rede dazu Stellung, wobei er an den Kern des ganzen Übels rührte, als er erklärte: Weil damals sich die Arbeiterklasse nicht einigte konnte der nazistische Ungeist die Oberhand gewinnen und uns alle in die Katastrophe stürzen. Heute ist die

Arbeiterklasse wiederum uneinig und solange sie uneinig bleibt, besteht die Gefahr der Wiederholung!

Bevor dann den Teilnehmern, darunter vielen Jugendlichen, der Defa-Film "Nackt unter Wölfen" gezeigt wurde, der die Rettung eines in das KZ Buchenwald mitgebrachten jüdischen Kindes durch die Solidarität und Opferbereitschaft vieler Häftlinge zum Inhalt hat, wurde der Autor des Romans und Drehbuches, der in der DDR lebende Schriftsteller und ehemalige Buchenwald-Häftling Bruno Apitz vorgestellt und mit sehr herzlichem Beifall begrüßt.

Eine besondere Überraschung für die Teilnehmer war dann die Vorstellung eben dieses 'Buchenwald-Kindes' Jerzy Zweig - heute ein großer junger Mann, der nach 1945 bei seinem Vater in Israel aufwuchs und jetzt sein Studium beenden will. Seine bescheiden vorgetragenen Grußworte an die Versammelten wurden mit herzlicher Anteilnahme aufgenommen.

Die filmische Gestaltung seines und seiner Retter Erleben unter den unmenschlichen Bedingungen des faschistischen Konzentrationslagers, dieses hohe Lied der Menschlichkeit, hinterließ bei den Teilnehmern tiefen Eindruck.

Viele solcher Veranstaltungen mit vielen anderen, vor allem jungen Menschen, wären das beste Gegengift gegen den noch immer grassierenden Nazi-Virus, von dem Propst Grüber zuvor auf der Veranstaltung gesprochen hatte.

DER MAHN RUF
Mitteilungsblatt für die Mitglieder der VVN Westberlin. Herausgeber: VVN Westberlin, Berlin 44, Boddinstraße 64. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Winkel.

Warum rechtfertigt sich Herr Lübke nicht?

Auf einer Pressekonferenz des Nationalrats der Nationalen Front am 24. Januar in Berlin wurden schwere Anklagen gegen den derzeitigen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Heinrich Lübke, erhoben, die sich auf sein Wirken im einstigen "Dritten Reich" beziehen. Nach den auf der Konferenz vorliegenden Dokumenten und dort gemachten Zeugenaussagen hat sich Heinrich Lübke nicht nur als KZ-Baumeister für Hitler, Göring und Himmler betätigt, er hat auch die für die Bauausführung benötigten KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter in direkter Zusammenarbeit mit der SS-Führung, der Gestapo und der Leitung des KZ Buchenwald angefordert und deren Einsatz kontrolliert. Welcher Art der Einsatz dieser in- und ausländischen Arbeitssklaven war, den Lübke verantwortlich kontrollierte, das beweisen die langen Todeslisten der dort Eingesetzten, die dem Konferenz-Material beiliegen.

Nach sehr detaillierten Ausführungen faßte der Leiter der Pressekonferenz, Prof. Albert Norden, die Anklagen gegen Heinrich Lübke in folgendem Satz zusammen:

"... Er ist mitschuldig an dem Leid und Sterben, an der Erniedrigung, brutalen Ausbeutung und physischen Vernichtung von Deutschen, Polen, von Sowjetbürgern, Franzosen, Holländern und Angehörigen anderer europäischer Nationen in faschistischen Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern. Er, Lübke, hat höchstpersönlich die Stätten der Qual und des Grauens auf dem Reißbrett entstehen lassen, die Pläne mit eigener Hand unterschrieben, die Bauten in Angriff genommen, kontrolliert, fertiggestellt und den Henkern und Sklavenhaltern der SS zur Nutzung übergeben..."

Dieser schweren Anklage ist Bundespräsident Lübke bis heute nur mit Schweigen begegnet, genau so schweigt er zu den zehn präzisen Fragen, die auf der Pressekonferenz durch Prof. Norden gestellt wurden:

- 1) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie im zweiten Weltkrieg als stellvertretender Bauleiter der Rüstungsfirma Schlempp eingesetzt waren?
- 2) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie der Gestapo Handlangerdienste geleistet haben?
- 3) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie in den letzten Kriegsjahren an verant-

wortlicher Stelle das Sonderbauprogramm "Jagdflugzeuge" des Jägerstabes ausführten?

- 4) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie den Bau des Konzentrations- und Arbeitslagers Leau leiteten?
- 5) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie das Konzentrationslager Neu-Staßfurt planten und erbauten?
- 6) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie das Zwangsarbeitslager Wolmirsleben planten und errichteten?
- 7) Stimmt es, Herr Lübke, daß unter Ihrer Leitung KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene für faschistische Rüstungsbauten eingesetzt wurden?
- 8) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie darüber hinaus den Bau eines Frauenkonzentrationslagers planten?
- 9) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie heute Ihren Einfluß geltend machen, um die Rüstungskonzerne zu bevorzugen, für die Sie damals Konzentrationslager errichteten?
- 10) Stimmt es, Herr Lübke, daß Sie ihre Fragebogen fälschten und bewußt die Bundesversammlung über Ihr Vorleben täuschten? Ja oder Nein?

Zum Abschluß seiner Rede wandte sich Prof. Norden mit der Frage an die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik, wie lange sie noch diesen Bundespräsidenten Lübke und die mit ihm seit der Hitler-Zeit Ver-

bündeten in den höchsten Positionen des Staates dulden wolle.

Entlarvende Einblicke in die damalige und heutige Wirksamkeit Lübkes gaben auch die im Verlauf der Pressekonferenz gestellten und beantworteten Fragen der Pressevertreter. Zum Beispiel stellte der Vertreter des "Deutschen Fernsehfunks" die folgende Frage:

"Muß man nach der Kenntnis dieser Dokumente, die heute hier der Weltöffentlichkeit übergeben wurden, nicht sagen, daß sich der heutige Bundespräsident Lübke unmittelbar an der faschistischen Ausrottungspolitik gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt hat?"

Darauf antwortete der Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Helmut Arys:

"Nach den vorliegenden Unterlagen und nach den Zeugenaussagen besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß der jetzige Bundespräsident Lübke sich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig machte, besonders dann, als Schlempp 1944 nach Prag versetzt wurde und Lübke selbst praktisch als Chef des Baustabes fungierte. Prof. Norden hat hier bereits dargelegt, daß nicht nur die sogenannten jüdischen Mischlinge und die jüdisch Versippten in die Lager eingeliefert wurden, sondern daß auch hunderttausend ungarische Juden als Arbeiter angefordert wurden.

Diese Vergangenheit Lübkes ist ungehört und alle anständigen und gerechten Menschen verlangen Bestrafung und Sühne dieser Verbrechen. Herr Lübke hat aber diese Rassenideologie auch heute noch nicht überwunden. Das beweisen seine Äußerungen über den südafrikanischen Verwoerd-Staat. Herr Prof. Norden hat bereits dargelegt, wie sich Herr Lübke gegen jüdische Minister in der Bundesrepublik wendet. Es ist doch bezeichnend, daß Lübke während seiner ganzen Amtszeit keinen jüdischen Bürger in eine leitende Stellung berufen und entsprechende Ernennungsurkunden unterzeichnet hat. Im Gegenteil: Während der Amtszeit Lübkes konnte der Kommentator der sogenann-

ten Nürnberger Gesetze und der Mitverfasser der Nürnberger Gesetze, Globke, viele Jahre lang als Staatssekretär im Bundeskanzleramt tätig sein.

Herr Lübke unterschrieb die Ernennungsurkunde für Fränkel zum Generalbundesanwalt. Er ernannte Vialon zum Staatssekretär im Bundesministerium für sogenannte wirtschaftliche Zusammenarbeit, für jenen Mann, der die Endlösung der Judenfrage in dem damals besetzten litauischen, lettischen und estnischen Gebieten vorantrieb. Lübke ernannte Krüger, den Blutrichter von Konitz, zum sogenannten Vertriebenenminister. Lübke ernannte nicht zuletzt den Schwerbelasteten Trettner zum Generalinspekteur der Bundeswehr.

Aber niemals hat Heinrich Lübke von seinem Recht Gebrauch gemacht, Judenmörder, Verbrecher gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrecher irgendwie abzurufen - ganz im Gegenteil: er hat diese Menschen noch mit hohen Orden ausgezeichnet, so Conring, so auch den damaligen Wehrwirtschaftsführer der IG Farben, Bütefisch, der gerade aus der todbringenden Ausbeutung jüdischer Häftlinge besondere Profite scheffelte.

Ich bin überzeugt, daß diese Beispiele eigentlich genügen. Und ich bin auch der Überzeugung, daß diese Beispiele zeigen, weshalb Verbrechen an jüdischen Menschen in Westdeutschland so zögernd geahndet werden. Sie machen gleichzeitig die Ursachen deutlich, warum heute in Westdeutschland der Antisemitismus besonders stark wiederauflebt, die Ursachen der Schmierereien an Synagogen und an Hauswänden und der Schändung jüdischer Friedhöfe."

Die Ergebnisse dieser Pressekonferenz haben nicht nur in beiden Teilen Deutschlands, sondern in der gesamten zivilisierten Welt berechtigtes Aufsehen erregt. Dieses Aufsehen mündet in der ganzen Welt in die einzige Frage: Wie lange noch kann Heinrich Lübke, der einstige KZ-Baumeister in Hitlers Diensten, das höchste Amt in der Bundesrepublik Deutschland einnehmen?

Auf unsere Kosten

Die maßlose Aufrüstungspolitik der Bundesregierung beginnt "Früchte" zu tragen. Früchte insofern, als drastische Sparmaßnahmen beschlossen wurden, die überwiegend auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, der Sozialrentner, der Kriegs- und Naziopfer gehen, von denen auch die entsprechenden Bevölkerungsteile in Westberlin in gleicher Weise betroffen werden.

Aber zur gleichen Zeit, da das Haushaltssicherungsgesetz in Kraft tritt, sind sich die Bonner Parteien einig, die Diäten der Abgeordneten heraufzusetzen (um einen höheren Prozentsatz als den, welchen man den Gewerkschaften für Lohnerhöhungen bewilligen will), werden die Bezüge des Bundespräsidenten Lübke gleich um 8 Prozent, also von DM 108 700.- auf DM 117 500.- jährlich erhöht, zudem sind für zwei Reisen Lübkes in diesem Jahr gleich 4 Millionen DM vorgesehen.

Dafür wird umso drastischer bei den Sozialausgaben und sogar in verfassungswidriger Weise bei den Leistungen für die Opfer des Naziregimes gekürzt. Hier will man um 200 Millionen DM kürzen. Daß man an anderer Stelle einsparen könnte, darauf kommt man in Bonn nicht. Etwa bei dem Ankauf von Starfightern, von denen im verflossenen Jahr mindestens 26 abgestürzt sind. Preis eines Starfighters über 5 Millionen DM!

Parallel mit diesen Kürzungsmaßnahmen wird von Bonn aus eine Welle der Preissteigerungen ausgelöst, die böse Folgen haben muß. Diese Preiserhöhungen, die bereits im Bundeshaushalt für 1966 einkalkuliert sind, werden auf vielen Gebieten weitere nach sich ziehen.

Schon in 2 Monaten werden die Tarife der Bundesbahn einschneidend erhöht. Neben den Frachttarifen sind vor allem die Sozialtarife betroffen, also auch hier wird vor allem der kleine Mann geschröpft. Ähnlich ist es bei den Postgebühren, die vielfach um 50 Prozent, in einzelnen Fällen um 100 Prozent erhöht werden.

Die Krankenkassen, die dank der "So-

zialpolitik" der Bundesregierung in immer größere Schwierigkeiten kommen, müssen, wenn sie nicht endlich die notwendigen Bundesmittel erhalten, die Beiträge erhöhen, weil sie nur dann die Mittel für den erweiterten Mutterschutz aufbringen können.

Es besteht auch kein Zweifel, daß die Mieten weiter steigen werden, weil der soziale Wohnungsbau gedrosselt wird. Die Vorstöße der Westberliner Hausbesitzer, hier schon im Sommer die gänzliche Mietenfriegabe auf Grund des antisozialen Lückengesetzes durchzusetzen, sind eine nicht zu unterschätzende Bedrohung der Lebenshaltung des größten Teiles der Bevölkerung.

Konsequenzen aus der Finanzmisere, an der die Bundesregierung die Hauptschuld trägt, hat man in Bonn nur insofern gezogen, als man alle Anstrengungen machte, um das drohende Milliarden-Defizit möglichst in vollem Umfange auf die arbeitende Bevölkerung, auf die Opfer des Krieges, der Arbeit und des Naziregimes und viele andere Gruppen, z.B. Studenten, abzuwälzen. Dagegen ist eine Erhöhung der Steuern für die großen Einkommen nicht in Erwägung gezogen worden. Umso mehr sollen die indirekten Steuern heraufgesetzt werden, die wiederum in erster Linie die Lebenshaltung der Massen belasten.

In Bezug auf die Naziopfer sieht das Haushaltssicherungsgesetz eine erhebliche Kürzung der Leistungen vor. Der bisherige Vorsitzende des Ausschusses für Wiedergutmachung im Bundestag, Martin Hirsch, hat bei der Debatte über dieses Gesetz zum Ausdruck gebracht, daß es die Rechte der Verfolgten schmälert, die seit mehr als 10 Jahren anerkannt sind. Er sagte, daß hier nicht nur eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit, sondern auch eine Verletzung der Treuepflicht gegenüber den Verfolgten erfolgt. Treuepflicht gegenüber den Verfolgten? - Davon redet man in Bonn meist nur dann, wenn es darum geht, außenpolitisches Kapital aus der Haltung der Männer und Frauen

Gift für die Jugend

Mitunter werden Vorwürfe gegen Vertriebenen-Kundgebungen mit dem Einwand zurückgewiesen, hier handle es sich um traditionelle Wiedersehensfeste, bei denen Erinnerungen an gemeinsame Bekannte und Verwandte sowie an Erlebnisse in der alten Heimat ausgetauscht werden. Tatsächlich besuchen viele Menschen diese Kundgebungen nur zu dem Zweck, alte Bekannte wiederzusehen. In dessen wird man dem Charakter dieser Treffen nicht gerecht, wenn man nur diesen Aspekt berücksichtigt. Kundgebungen wie etwa der Sudetendeutsche Tag haben längst ein Eigenleben entwickelt. Allein ihr Stattfinden löst politische Wirkungen aus.

Ex-Staatssekretär Thediek vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat einmal erklärt: "Grundfalsch wäre es, die Landsmannschaften nur als Erinnerungs- und Traditionsverbände, nur als eine Art Heimätersatz für die Vertriebenen zu werten. Die wesentliche Aufgabe der Landsmannschaften und den tiefsten Sinn im Zusammenwirken mit allen Stämmen und Gliedern unseres Volkes sehen wir in der Wiedererlangung des deutschen Ostens."

Ähnlich äußerte sich der Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen, Pockrandt, am 12. 7. 1964 auf dem Bundestreffen der Westpreußen in Dortmund: "Landsmannschaftstreffen sind keine Wiedersehensfeiern, sondern politische Veranstaltungen... Wir haben kein Interesse... die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu respektieren. Wir bekennen uns zu dem Deutschland, wie es in dem Liede heißt: 'Von der Maas bis an die Memel'."

Man wird nicht davon ausgehen können, daß die Aktivität der Landsmannschaften nur auf die ältere Generation beschränkt sei. In diesem Fall könnte man es der Zeit überlassen, das Problem zu lösen. Aber die verantwortlichen Landsmannschaftsfunktionäre verstanden es, den Idealismus und die Begeisterungsfähigkeit der Jugend für ihre Ziele zu nutzen. Heute gehören die Aufmärsche der Jugendabteilungen bei Landsmannschaftstreffen zu den beklemmendsten Ereignissen der poli-

tischen Gegenwart. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die "Deutsche Jugend des Ostens" (DJO), die aus 17 Bundesgruppen und einer Kinderorganisation besteht. Sie wird von dem ehemaligen "Hitlerjugendführer" Ossi B ö s e geleitet; als "Schulungsauftragter" fungiert der ehemalige "Hitlerjugend-Bannführer" Dr. Hans C h r i s t. Schon das äußerer Bild der "Deutschen Jugend des Ostens" erweckt ungute Erinnerungen, unterscheidet sich die einheitliche Kleidung doch nur in der Farbe von der einstigen "Kluft" der HJ. Symbol der DJO ist die Odalsrunen, das germanische Zeichen für Besitzergreifung; der Kreis als Sinnbild der Gemeinschaft und der Pfeil als Ausdruck eines expansiven Strebens. Wer die Einheiten dieser Jugendorganisation mit ihren Fanfarenzügen und Trommlerkorps aufmarschieren sieht, fühlt sich in die Zeit zurückversetzt, da in den Randgebieten der Tschechoslowakei die Sudetendeutschen unter dem Ruf "Wir wollen heim ins Reich" für die Politik Hitlers reif gemacht wurden.

Kennzeichnend für den Geist, in dem die Jugendlichen in der DJO erzogen werden, sind ihre Standardlieder. Hier einige Beispiele:

"Nach Ostland wolln wir reiten,
nach Ostland wolln wir fort,
wohl über die grüne Heiden,
da finden wir besseren Ort."

Das sogenannte "Oder-Neiße-Lied" hat folgenden Text:

"Nie die Grenze bleibt die Neiße,
doch die Oder Deutschlands Strom,
Königsberg bleibt deutsch, mit
heische die Sudeten autonom,
Sibirien mögen sie bebauen,
und den Tundren bringen Glück,
doch hinaus aus unseren Gauen,
an den Jennissei zurück."

In diesem Lied wird praktisch ein "Kreuzzug gegen den Osten" gefordert. Hier findet der Geist eines neuen "Ostlandtrittes" seinen offenen Ausdruck. Abgerundet wird das Bild durch ein Gedicht aus dem "Arbeitsbrief" der deutsch-baltischen Jugend, in dem es unter anderem heißt:

"Aller Dinge mächtigstes: Krieg!
Aller Güter herrlichstes: Sieg!
Jeder echte Mann ist stolz auf
seine Soldatenzeit!
Die Kriegsgesetze sind Urgesetze
der Menschheit -
weder roh noch grausam, sind sie
großartig."

Wer solche "Weisheiten" an die Jugend weitergibt, dem ist schwerlich zu glauben, er wolle die Ost-West-Probleme ausschließlich auf friedliche Weise lösen. Die Sache wäre schlimm genug, wenn es sich bei den Jugendgruppen der Landsmannschaften um Verbindungen verführter Einzelgänger handelte, die keinerlei Aussicht besitzen größeren Einfluß zu erlangen. Aber sie genießen offizielle Förderung. Altbundeskanzler Adenauer suchte zu Beginn des Jahres 1965 selbst das Gespräch mit der "Deutschen Jugend des Ostens" - wohl kaum um ihren Verantwortlichen klarzumachen, daß ihre Tätigkeit sich in gefährlichen Bahnen bewegt. Eher ist anzunehmen, daß er ihnen die CDU als zuverlässigste Interessenvertreterin der DJO-Belange empfahl.

(Vorstehender Beitrag ist der Broschüre von Peter Nau "Revanchismus Ja oder Nein?" entnommen, die im Röderberg-Verlag, Frankfurt a.M., erschien; Preis DM 2.40. Auf den 48 Seiten dieser Schrift werden zahlreiche weitere Beweise für die gefährliche Politik des Revanchismus angeführt, die auf vielfache Weise durch die Bundesregierung, aber auch durch die Landesregierungen und andere Institutionen gefördert und finanziell gestützt wird. Ein wichtiger Teil dieser Bestrebungen ist z.B. der noch immer geförderte "Ostkunde-Unterricht" in den Schulen. In letzter Zeit jedoch mehren sich die einsichtsvollen Stimmen (u.a. Denkschrift der EKD) gegen diese Bestrebungen für eine unheilvolle Revanche, wofür wir nachstehend ein Beispiel aus Hamburg bringen.)

Ein erster Erfolg

In Hamburg hat sich die "Gewerkschaft Erziehung und Unterricht" mit der Wirksamkeit der "Bundesarbeitsgemein-

schaft Deutsche Ostkunde" im Schulunterricht befaßt, die zahlreiche revanchistische und rechtsradikale Schriften herausgibt und den Schulen zuleitet. Die Gewerkschaft forderte die Hamburger Schulbehörden auf, diese Wirksamkeit zu verbieten. Daraufhin untersagte die Schulbehörde den Versand der Zeitschrift "Deutsche Ostkunde" an die Hamburger Schulen. Das ist ein erster Erfolg der Proteste vieler Hamburger Eltern gegen die gefährlichen Umtriebe der "Ostkundler", die dafür von Bund und Ländern, besonders vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, finanzielle Zuwendungen erhalten. - Wann wird man sich auch in Westberlin zu gleichen Maßnahmen entschließen?

In Treue vereint

Wie aus Mainz gemeldet wurde, sind mehrere Bundeswehr-Angehörige, darunter auch ein Hauptmann, Mitglieder des jetzt in Bergzabern wiedergegründeten "STAHLHELM" geworden und betätigen sich dort ganz offen im nazistischen und antidemokratischen Sinne. Leiter der Gründungsversammlung war bezeichnenderweise ein Bundeswehr-Feldwebel, der aber inzwischen seines Dienstes enthoben sein soll. - Über ein Drittel aller "STAHLHELM"-Mitglieder in der gesamten Bundesrepublik gehören entweder der Bundeswehr an oder sind Bundeswehr-Reservisten.

Das wahre Wunder

Die Rei-Werke (Reinigungsmittel) erzielten 1965 einen Umsatz von 82,2 Millionen DM und damit einen Reingewinn von 13,8 Millionen DM. Die gesamte Summe der Löhne und Gehälter jedoch, die das Werk an seine Arbeiter und Angestellten im gleichen Zeitraum zahlte, betrug noch nicht einmal 12 Millionen DM. Der Inhaber der Rei-Werke allein verdiente also weitaus mehr als alle Beschäftigten des Betriebes zusammengenommen. Ein Beispiel, das zeigt, bei w e m das vielgerühmte Wirtschaftswunder in Wahrheit ausgebrochen ist.

Bonnens Innenpolitik auf Notstandskurs

Die Bank- und Industriemonopole Westdeutschlands haben durch Bundeskanzler Erhard erklären lassen, daß sie die Periode der Nachkriegszeit für beendet halten. In seiner Regierungserklärung hat Prof. Erhard die Hauptrichtung des Programms entwickelt, mit dem Regierung und Monopole eine neue Vorkriegszeit einzuleiten gedenken. In seiner Gesamtheit wird es durch eine gesteigerte Rüstung und den Drang nach Verfügungsgewalt über atomare Waffen, durch die Politik des Revanchismus und durch einen einschneidenden Abbau auf sozialem Gebiet gekennzeichnet. Die Durchsetzung dieses Programms wird "harte Zeiten" mit sich bringen, denn es geht einzig und allein auf Kosten des arbeitenden Volkes.

Die Regierung soll daher im Innern "Ordnung schaffen"; noch deutlicher: "Zwang und Befehl sind nicht zu entbehren." ("Die Welt", 11.11.65) So fordern es die Beherrscher der Wirtschaft. Die von Erhard in seiner Erklärung proklamierte Notstandsverfassung und die Ablehnung der von den Gewerkschaften geforderten erweiterten Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft sind die der Aggressivität nach außen entsprechende Politik der sozialen Reaktion im Innern.

Die Regierungserklärung vom 10. November macht deutlich, daß mit der "Formierung" der Gesellschaft nichts anderes als ihre Ausrichtung auf den Kurs der Monopole beabsichtigt ist. Dem soll auf innenpolitischer Ebene durch die Ermächtigung zu offen autoritären, diktatorischen Herrschaftsmethoden Nachdruck verliehen werden. Der neuernannte Bonner Innenminister Lücke bezeichnete es als eine seiner vordringlichsten Aufgaben, die Notstandsverfassung nach dem "verfehlten Anlauf in der vierten Legislaturperiode" nun endgültig zu verwirklichen. Er will eine "zweite Niederlage der Notstandsverfassung" nicht zulassen.


Die Notstandsverfassung würde die Macht der Monopole auf eine neue Stufe stellen. In der vergangenen Legislaturperiode ist es Regierung und

Monopolen gelungen, aus dem gesamten Paket der Notstandsgesetzgebung eine Reihe der insgesamt 30 Gesetze durchzubringen. Erwähnt seien das Gesetz über das Zivilschutzkorps, das Gesetz über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung sowie das Wirtschaftssicherstellungsgesetz. Ihre Anwendung bringt zusätzliche finanzielle Belastungen des Volkes und eine Militarisierung wichtiger Bereiche des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens.

Das bereits in dieser Periode gesetzte Ziel der Verfassungsänderung wurde aber auf Grund des entschiedenen Widerstandes der Gewerkschaften, welche eine breite Unterstützung in der gesamten Öffentlichkeit fanden, nicht erreicht. Dieses "Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes" ist ohne Zweifel der einschneidendste und wichtigste Teil der gesamten Notstandsverfassung. Es enthält die Grundlinie des Hitlerschen Ermächtigungsgesetzes.

Gerade dieses Gesetz gibt der gesamten Notstandsgesetzgebung jenen Inhalt, den der westdeutsche Staatsrechtler Prof. Dr. Ridder als "eine das Grundgesetz selbst ablösende autoritäre Gegenverfassung" charakterisierte. Es ist die Gegenverfassung der Monopole zu den demokratischen Grundrechten und Freiheiten der Bürger.

Es besteht durchaus kein Widerspruch zwischen dem Bestreben, eine autoritäre Notstandsdiktatur zu errichten und dem, was Kanzler Erhard auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag als "Reform der deutschen Demokratie" ankündigte. Diese "Reform" soll schließlich das System der staatsmonopolistischen Herrschaft zu einem perfekt funktionierenden Mechanismus ausbauen, dem alle Kräfte der Gesellschaft unterworfen sind. Diese staatsmonopolistische "Reform" der Demokratie ist, wie gerade auch die Notstandsgesetzgebung zeigt, radikaler Abbau der Demokratie.

In einer Stellungnahme zur Regierungserklärung hat der DGB betont, daß sich an der Haltung der Gewerkschaften 

Wie lange noch, Herr Bettermann?

Innerhalb des umfangreichen Lehrkörpers der Freien Universität gibt es neben vielen fortschrittlichen und demokratisch gesinnten Hochschullehrern auch solche, die entweder nazistisch belastet sind oder noch heute reaktionäres und faschistisches Gedankengut vertreten. Wir haben in unserem Blatt mehrfach darauf hingewiesen. So zum Beispiel auf den "Theaterprofessor" von Goebbels Gnaden, Hans Knudsen, den Mediziner Prof. Dr. Selbach und den Staatsrechtler Prof. Dr. Bettermann.

Letzterer brachte sich erneut in unangenehme Erinnerung mit einem "Festvortrag", den er auf einem Commers von Corpsstudenten anlässlich des Reichsgründungstages (1871) am 18. Januar im Palais am Funkturm hielt. In dieser Rede forderte Prof. Bettermann die Wiederherstellung des 'Deutschen Reiches' im Geiste Bismarcks, also eine autoritäre Gewalt- und Machtpolitik zur heutigen Lösung der deutschen Frage. Die Bundesrepublik müsse unablässig auf die Wiedervereinigung drängen, selbst wenn sie sich dadurch unbeliebt mache, und dazu gelte es die wirtschaftlichen und militärischen Voraussetzungen zu schaffen. Unabdingbar sei dafür auch ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein. - So in etwa lautete das "Programm", das Herr Bettermann dort verkündete.

gegen die Notstandsgesetze nichts ändern werde. Die Gewerkschaften haben die demokratische Forderung nach erweiterter Mitbestimmung der Werktätigen in Wirtschaft und Gesellschaft auf die Tagesordnung gesetzt. Ihr Ziel ist also nicht nur die Verteidigung, sondern der Ausbau demokratischer Rechte für die Mehrheit der Bevölkerung.

Die gegensätzlichen Positionen in Grundfragen der künftigen politischen Entwicklung Westdeutschlands treten deutlicher hervor. Sie werden wesentlich die Auseinandersetzungen in der kommenden Periode bestimmen.

(Kommentar aus "DWI" Nr.24, 1965.)

Mit diesen seinen Forderungen ruft der Dahlemer Professor die dunkelsten Instinkte und Triebkräfte des deutschen Volkes wach, durch die die Welt in zwei verheerende Kriege gestürzt wurde, die sinnlose Qualen und Opfer von vielen Millionen Menschen herbeiführten und auch unsere heutige Lage verursachten.

Zu Recht schreibt zu den Forderungen Bettermanns Peter Müller, ehemaliger AStA-Vorsitzender an der Freien Universität, in einem Leserbrief: "... Professor Bettermanns Ausführungen mögen sich 1966 im Rahmen der von unserer Verfassung zugelassenen Meinungstoleranz halten. Daß er dedizierte politische Tendenzen auch in der Öffentlichkeit ungescheut vertritt, hat er bei zahlreichen Anlässen bewiesen. Daß er nicht weiß, daß er sich mit diesen Äußerungen in die unheilvolle Tradition des prä- und postfaschistischen Irrationalismus und Imperialismus und in die Reihe der Gegner der deutschen parlamentarischen Demokratie stellt, werde ich ihm nicht glauben.

Die Freie Universität Berlin, ihre Studentenschaft und die demokratische Öffentlichkeit Berlins sollten sich fragen, ob dieser Mann als Lehrer der akademischen Jugend an der Freien Universität Berlin noch tragbar ist. Ich als ehemaliger AStA-Vorsitzender der Studentenschaft dieser Universität möchte diese Frage entschieden verneinen."

Wir fragen: Wie ist es möglich, daß ein Hochschullehrer, der seit Jahren jede demokratische Ordnung öffentlich negiert und herabsetzt und einer autoritären Gewalt- und Machtpolitik das Wort redet, noch immer an einer Universität im demokratisch geordneten Westberlin lehren kann? Wo ist hier die Grenze der Toleranz? Welche Stellung beziehen hierzu der Regierende Bürgermeister und der Senator für Kunst und Wissenschaft, die ja dem Kuratorium der Freien Universität angehören, dort also Rechte und Pflichten haben? Wie lange noch kann Bettermann sein nationalistisches Gift unter der Jugend verbreiten?

August Luscher 90 Jahre

Am 7. März vollendet Kamerad August Luscher, Ehrenvorsitzender der VVN Westberlin, sein 90. Lebensjahr. Der Jubilar, der sich geistige und körperliche Frische bewahren konnte, kann auf eine über 70 Jahre währende Wirksamkeit im Dienste des Fortschritts und des Friedens zurückblicken. Von Beruf Messerschmied, lernte er auf der Wanderschaft in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die sozialen Ungerechtigkeiten und Nöte kennen, denen der arbeitende Mensch damals ausgesetzt war. Das wurde bestimmend für seine damals beginnende gewerkschaftliche und politische Tätigkeit in der jungen Sozialdemokratie. Nach dem ersten Weltkrieg, an dem er als Frontsoldat teilnahm, schloß sich August Luscher der Kommunistischen Partei Deutschlands an und hat dann viele Jahre als Bezirksrat in Reinickendorf und als Stadtverordneter von Groß-Berlin im Sinne der schaffenden Menschen gewirkt. 1933, nach dem Reichstagsbrand wurde er von den Nazis verhaftet und für mehrere Monate in das Konzentrationslager Sonnenburg gebracht. Ungebrochen hat August Luscher dann nach seiner Freilassung am illegalen Widerstandskampf bis 1945 teilgenommen. In der dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes folgenden Notzeit übernahm er das schwere Amt des Bürgermeisters in Reinickendorf und half mit Rat und Tat beim demokratischen Wiederaufbau. Tatkräftig blieb er auch nach seiner Entlassung in all den folgenden Jahren in den Reihen seiner Partei und in unserer Organisation, deren Vorsitz er mehrere Jahre, bis 1964 führte. Der Senat nahm dieses verdienstvolle und selbstlose Wirken zum Anlaß, dem Widerstandskämpfer August Luscher wie auch seiner Ehefrau Martha, die wegen ihres antifaschistischen Kampfes fast 2 Jahre im Gefängnis und Zuchthaus zubringen mußte und am 14. März ihr 70. Lebensjahr vollendet, die gesetzlichen Rechte als politisch Verfolgte zu entziehen. - Alle Kameraden und Freunde, die unseren Kameraden August Luscher und seine Lebensgefährtin Martha seit vielen Jahren kennen, schätzen sie als ehrenvolle und aufrechte Streiter im Dienste der Menschlichkeit und des Friedens. Sie nehmen ihren Ehrentag zum Anlaß, ihnen dafür herzlichen Dank zu sagen und für ihren Lebensabend alles Gute zu wünschen.

Eine Vielzahl ungesühnter Verbrechen

Über 100 Verfahren gegen ehemalige Angehörige des SD, der SS und der NS-Polizeibehörden sind im Bundeslande Nordrhein-Westfalen anhängig. 47 Verfahren wegen NS-Verbrechen werden im Land Schleswig-Holstein vorbereitet.

Gegen 1 070 Beschuldigte (insgesamt 64 Verfahren) wird in Hamburg ermittelt. Zu dieser von der Hamburger Pressestelle gemachten Mitteilung schrieb die "Andere Zeitung": "Sicher ist, daß die Hamburger Prozesse vielen Leuten in der Bundesrepublik und auch in Hamburg recht unangenehm sind...Die Prozesse sind in ihrem Ausmaß nur mit dem Auschwitz-Prozeß vergleichbar." - In Rheinland-Pfalz

sind noch 56 Verfahren gegen 375 Beschuldigte wegen NS-Verbrechen anhängig. Seit Kriegsende sind dort an 1 700 Strafverfahren dieser Art durchgeführt worden. Dabei wurden aber nur 460 Personen verurteilt, 3 davon zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Der frühere Gestapo-Chef von Düsseldorf, Weygand, ist in Wuppertal, wo er unter dem Namen Heinrich Walter unbehelligt als Vertreter lebte, verhaftet worden. Er ist u. a. verantwortlich für die Deportation der letzten 6 000 jüdischen Einwohner aus dem Ruhrgebiet, ferner wird ihm der Tod von 50 000 Juden aus Lodz und die Erschießung von Zwangsarbeitern aus Polen und der SU angelastet.

Der zweite Auschwitz-Prozess

- Wann werden die Auftraggeber der SS-Mörder zur Verantwortung gezogen? -

Am 14. Dezember 1965 begann vor einem Frankfurter Schwurgericht der sogenannte zweite Auschwitz-Prozeß. In der Öffentlichkeit sind Inhalt und Bedeutung dieses auf eine Dauer von vier Monaten berechneten Verfahrens weitgehend unbekannt. Vielfach besteht die Auffassung, es handele sich nur um einen "Nachfolgeprozeß" des ersten großen Auschwitz-Verfahrens ohne große Aspekte.

Eine solche falsche Meinung kommt nicht von ungefähr. Wenn man von den Lokalseiten der Frankfurter Zeitungen absieht, findet sich über das jetzt laufende Verfahren - ganz im Gegensatz zum ersten Auschwitz-Prozeß - in der Presse kaum ein Wort. Offenbar wird es für opportun gehalten, der Öffentlichkeit auf diese Weise zu suggerieren, daß mit dem Urteil gegen Mulka, Boger, Kaduk und einige andere Handlanger des KZ-Regimes der "Komplex Auschwitz" bewältigt sei. Eine Version, die haargenau dem Bestreben einflußreicher Kreise entspricht, über die noch zahlreichen ungesühnten nazistischen Verbrechen Gras wachsen zu lassen und die bereits verurteilten Massenmörder - möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit - wieder in Freiheit zu setzen. Das wurde spätestens am 13. Januar 1966 deutlich, als die empörende Tatsache bekannt wurde, daß der erst am 19. August 1965 im ersten Auschwitz-Prozeß zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilte Hauptangeklagte Mulka wegen "Kreislaufstörungen" bereits wieder aus der Haft entlassen wurde - übrigens ohne daß die zugelassenen Nebenkläger vorher gehört wurden. So kann man ganz sicher in der Welt kein Vertrauen zu einer antifaschistischen und demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik erwerben!

In diesem zweiten Auschwitz-Prozeß geht es durchaus nicht lediglich darum, weitere SS-Angehörige wegen Verbrechen zu verfolgen, die bereits aus dem ersten Verfahren bekannt sind. Neben dem früheren SS-Oberscharführer

Josef Erber von der berüchtigten "Politischen Abteilung", der wegen seiner aktiven Beteiligung an Selektionen angeklagt ist und von dem man in der Hauptverhandlung erfuhr, daß er vor seiner Festnahme im Jahre 1962 für den Bundesnachrichtendienst arbeitete (obwohl schon 1960 ein Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde!) sitzen der frühere SS-Sturmbannführer Wilhelm Burger und der einstige SS-Oberscharführer Gerhard Neubert auf der Anklagebank. Burger war in der Lagerkommandantur des KZ Auschwitz der "Leiter der Verwaltung". Seine Aufgabe war u. a. die Beschaffung und Verwaltung des Giftgases Zyklon B, durch das Millionen Männer, Frauen und Kinder in den Gaskammern ermordet wurden. Neubert - im ersten Prozeß bald wegen "Krankheit" ausgeschieden - war der verantwortliche SS-Sanitätsdienstgrad in dem von den IG Farben errichteten KZ Monowitz. Er ist der Mitwirkung an zahlreichen Selektionen in diesem Lager angeklagt.

Mit den Verbrechen der "Verwaltung" und im KZ-Lager der IG Farben stehen jetzt Komplexe zur Verhandlung, die im ersten Prozeß weitgehend ausgeklammert wurden. Diese "neuen" Komplexe aber erfordern geradezu ein Aufdecken der Hintergründe und Zusammenhänge der Auschwitz-Verbrechen. Hier lassen sich nämlich die Untaten der Angeklagten nicht mehr von dem Wirken der Hintermänner, vor allem in der Industrie, trennen. Burger z. B. besorgte das Mordwerkzeug Zyklon B von der von den IG Farben abhängigen Lieferfirma Tesch und Stabenow. Diese Herren wußten genau über den Verwendungszweck ihrer Lieferungen nach Auschwitz Bescheid, was übrigens ein britisches Militärgericht bereits im Jahre 1946 zweifelsfrei feststellte. Aber sie lieferten dennoch. Im Jahre 1942 waren es 7 478,6 kg, im Jahre 1943 schon 12 174,09 kg, und sie erzielten aus ihrem Handel mit Zyklon B im Jahre 1943 einen Reingewinn von 127 985,79 RM. Zweifellos hatte der Angeklagte Burger mit seinen Bestel-

stellungen einen beträchtlichen Anteil an diesem verbrecherischen Profit, und es ist praktisch undenkbar, die Verbrechen des Bürger aufzuklären, ohne auf die Verbrechen seiner "Geschäftspartner" zu stoßen.

Genau so ist es bei Neubert. Schon bei seiner Vernehmung durch den Gerichtsvorsitzenden, Amtsgerichtsrat Opper, erklärte er, daß die Selektionen in Monowitz regelmäßig dann erfolgten, wenn sich "die Herren von der IG" darüber beschwert hatten, daß zu viel kranke oder körperschwache Häftlinge in "ihrem" KZ waren.

Im zweiten Auschwitz-Prozeß besteht also nicht nur die Möglichkeit, sondern mehr noch als bei den Angeklagten des ersten Prozesses die Notwendigkeit, tiefer in das Wesen nazistischer Gewaltverbrechen einzudringen und die maßgebliche Mitschuld beispielsweise solcher Industriekapitäne von damals und heute wie Ambros, Bütefisch und Dürrfeld ausdrücklich festzustellen. Deren Verhalten hat - so erweist sich immer wieder - viele Verbrechen der Angeklagten überhaupt erst ermöglicht.

Hinzu kommt, daß in letzter Zeit weitere Beweise über die in Auschwitz begangenen Verbrechen bekannt wurden - vor allem über das Zusammenspiel von Industrie, Ministerialbürokratie und SS bei ihrer Organisierung und Durchführung. Hierauf hat schon zu Beginn des Prozesses Prof. Dr. Kaul, der wiederum Nebenkläger aus der DDR vertritt, auf einer Pressekonferenz der VVN in Frankfurt hingewiesen. In diesem Zusammenhang darf man wohl auch auf die von Kaul inzwischen beantragte Vernehmung des ehemaligen SS-Lagerarztes von Monowitz, Dr. Fischer, gespannt sein, der in der DDR aufgespürt und verhaftet wurde. Er weiß bestimmt sehr viele Dinge, die manchen heute wieder in einflußreichen Positionen sitzenden Wirtschaftsführer oder Ministerialbeamten schwer belasten.

Aus alledem wird bereits deutlich, daß der "Komplex Auschwitz" ebensowenig wie die nazistischen Gewaltverbrechen überhaupt, bisher schon überwältigt worden sind. Der entscheidenden

Es reißt nicht ab

"Unbekannte Täter" versuchten die Wohnung des Schriftstellers Dr. Joachim Seyppel in Bln.-Friedenau in Brand zu stecken. Seyppel wurde wegen seines satirischen Buches "Als der Führer den Krieg gewann, oder wir sagen Ja zur Bundesrepublik" in letzter Zeit öffentlich angegriffen, weil darin das Wiederaufleben des Nazi-Ungeistes angeprangert wird. - Auf dem jüdischen Friedhof in Efringen-Kirchen wurden Grabsteine umgeworfen und eine Tafel zertümmert, obwohl seit 1940 kein Jude mehr in dem Ort wohnt. - Der Ballettdirektor der Bayerischen Staatsoper, Heinz Rosen, ist antisemitischen Angriffen ausgesetzt; in anonymen Anrufen wird er als "Saujude" beschimpft und in seinem Büro fand er Handtücher mit eingewebtem Hakenkreuzen vor. - In Starnberg wurde die evangelische Kirche verwüstet; es soll sich um einen Racheakt wegen der Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Frage handeln. Das sind nur einige der sich in letzter Zeit erschreckend häufenden nazistischen und antisemitischen Ausschreitungen.

de Schritt zur Aufdeckung der Zusammenhänge und Hintermänner, zur Entmachtung und Verfolgung der Schreibtischtäter besonders in der Industrie und Ministerialbürokratie stehen noch immer aus.

Der zweite Auschwitz-Prozeß kann durch eine umfassende Aufklärung der zur Verhandlung stehenden Verbrechen dazu beitragen, diesen Hauptmangel bundesdeutscher Vergangenheitsbewältigung zu überwinden. Wir haben als Sprecher des deutschen Widerstandes gegen das Naziregime ein Recht zu fordern, daß diese Möglichkeiten genutzt und im Interesse unserer Nation endlich auch alle Hauptschuldigen außerhalb der SS-Mordkommandos zur Verantwortung gezogen werden.

(Aus: "Stimme des Widerstandes", 1.66)

IM DIENSTE DER WAHRHEIT

"...Die Besitzenden der Erde, eine verhältnismäßig kleine Gruppe, bemühen sich heute darum, ihre Stellungen zu befestigen und zu verteidigen. Nachdem sie die Notlage nach dem Krieg ausgenützt und sich daran noch einmal äußerst bereichert hatten, sehen sie sich jetzt den wiedererwachenden Kräften der ausgeplünderten Völker gegenüber. Das Gespenst, das vor ihnen aufsteht, geht nicht nur in Europa um, sondern überall, wohin sie ihren Blick wenden. Wo sie auch ihre Bastionen bauen, in Afrika, Asien oder Lateinamerika, wachsen Freiheitsbewegungen an, die nicht mehr aufzuhalten sind. Noch sind sie an vielen Orten, dank ihren Waffen und Söldnern in der Übermacht. Noch können sie Terror verbreiten und mit dem Niederbrennen von Dörfern und Landschaften, noch können sie Nationen überwachen mit ihrer Brutalität und mit den Erpressungen ihrer Gelder, historisch aber kämpfen sie um eine verlorene Sache.

Ihnen gegenüber setzt sich eine Macht langsam durch, die davon ausgeht, daß die Güter der Welt jedem Menschen im gleichen Maß gehören sollen. Noch befinden wir uns im Anfangsstadium dieser umfassenden Veränderung. Einige Länder haben weitgehend die von der Teilung der Welt bedingten ökonomischen Schwierigkeiten überwunden und eine kommunistische oder sozialistische Ordnung hergestellt, andere bemühen sich um diese Ordnung zunächst unter den Vorzeichen eines nationalen Befreiungskampfes. Überall aber treten durch den Kalten Krieg, dessen innere Glut ständig zu offenen Kampfherden aufflammt, die Unausgeglichenheiten und Streitpunkte in der Auffassung der neuen Gesellschaftsordnung zutage. In dieser Situation findet der Gegner reichlichen Stoff, um auf das Versagen oder die Utopien des Sozialismus hinzuweisen.

Die Aufgabe eines Autors ist hier: immer wieder die Wahrheit, für die er eintritt, darzustellen, immer wieder die Wahrheit unter den Entstellungen aufzusuchen." ...

(Aus Punkt 2 der "Zehn Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt" von dem Schriftsteller Peter Weiss, dem Verfasser des Auschwitz-Stückes "Die Ermittlung".)

Ein trauriger Rekord

Allein am 6./7. Februar 1966 schieden in Westberlin vier Menschen freiwillig aus dem Leben. Darunter befand sich wiederum ein Angehöriger der Polizei, der sich mit seiner Dienstpistole erschöß. Die Selbstmorde von Polizisten haben in den letzten Jahren eine erschreckende Häufung erfahren. - Im Jahre 1964 haben in Westberlin, wie sich aus dem Bericht des Statistischen Landesamtes ergibt, 528 Männer und 387 Frauen ihrem Leben freiwillig ein Ende gesetzt. In diesen Zahlen sind die noch weitaus zahlreicheren Selbstmordversuche nicht enthalten. Damit entfallen auf 10 000 Einwohner Westberlins 4,2 Selbstmord-Tote innerhalb eines Jahres. In der Hafenstadt Hamburg beträgt diese Ziffer 2,6, im Durchschnitt der Bundesrepublik 1,9. Westberlin liegt damit weitaus an der Spitze der Selbstmord-Statistik aller Städte. Die Statistiker meinen dazu, daß sich das aus der hohen Überalterung der Westberliner Bevölkerung ergebe. Merkwürdigerweise befinden sich aber gerade viele junge Menschen unter den Freitoten; die vier vom 6./7. Februar waren 28, 25, 26 und 66 Jahre alt. Ob es nicht doch andere, triftigere Gründe dafür gibt, daß so viele Menschen bei uns ihr Leben nicht mehr für lebenswert erachten?

Wie es ein Franzose sieht...

Der "Fränkische Kreis", eine freie Vereinigung von Angehörigen geistiger Berufe in Westdeutschland, veranstaltete am 28. November v. J. in Frankfurt am Main ein Forum zu dem Thema "Deutschland und die europäische Sicherheit". Hierzu sprachen neben deutschen auch verschiedene ausländische Persönlichkeiten, unter ihnen Abbé Glasberg aus Paris, der der französischen Widerstandsbewegung angehört.

Abbé Glasberg erklärte dort:

Als Vertreter des Bundes der ehemaligen Widerstandskämpfer ist es nicht meine Aufgabe, Ihnen ein außenpolitisches Programm oder eine konkrete Aktion zu der Rolle vorzuschlagen, die Deutschland in der Frage der europäischen Sicherheit spielen müßte. Ich halte es hingegen für meine Pflicht, Ihnen die Gründe für die Besorgnisse darzulegen, die in uns aufsteigen, wenn wir die deutsche Einstellung zu dieser Frage betrachten.

Nach dem Sieg über den Nationalsozialismus hatten wir gehofft, damit auch die Kräfte vernichtet zu haben, die 1939 wiederum einen Krieg entfesselte und die ganze Welt in Blut und Tränen gestürzt hatten. Wir hatten gehofft, das deutsche Volk würde die Verbrechen seiner Führer, die es zum Morden getrieben hatten, klar erkennen. Wir dachten, daß sich das deutsche Volk nie wieder jenem militaristisch-nationalistischen Geist beugen würde, der seine schlimme Lage zu Kriegsende verursacht hatte. Wir hatten geglaubt, das deutsche Volk würde selbst versuchen, die Verbrechen zu sühnen, die Hitler-Deutschland gegen seine europäischen Nachbarn und gegen die ganze Welt begangen hatte.

Ein Deutscher, der schon vor 1933 in Deutschland gegen Hitler und dann mit uns in der französischen Widerstandsbewegung gekämpft hatte, sagte mir 1945 kurz vor seiner Rückkehr: "Ich gehe zurück, ich fühle mich nicht mitschuldig an den verbrecherischen Taten meiner Landsleute, aber als Deutscher halte ich mich für mitverantwortlich und betrachte es daher als meine Pflicht, an einem neuen Deutschland mitzubauen, dessen erste Sorge sein wird, das Geschehene wieder gutzumachen, damit es zu den

Völkern gezählt werden kann, die für Freiheit und Menschlichkeit kämpfen."

Wir hatten gehofft, daß das deutsche Volk diesen Weg wählen würde. Aber leider macht uns der Geist, der seit Kriegsende in Deutschland herrscht, mehr und mehr Sorgen, und das aus drei Gründen:

Erstens: Die Deutschen wollen mit Gewalt die Vergangenheit vergessen, und das geht so weit, daß sie sich für ungerecht behandelte Opfer halten. Sie verlangen sogar die Wiederherstellung der alten deutschen Landesgrenzen, als ob sie den zugrunde gerichteten Ländern, den dezimierten Völkern garnichts schuldig wären.

Den Millionen Menschen, die ermordet, gefoltert, in Vernichtungslagern, Gefängnissen oder anderen Schreckensorten eingesperrt wurden, gibt man nicht mit ein paar Millionen oder Milliarden das Leben zurück. Und jetzt werden Stimmen laut, die für Deutschland das grauenvollste aller Mordinstrumente, die Atomwaffen verlangen.

Ehemalige Nazis bekleiden in Deutschland die höchsten Ämter, Eure eigenen Gerichte mußten sie zwanzig Jahre nach ihren Straftaten verurteilen - und sie taten es mit großer Milde. Und erst heute beginnt man, nach diesen Verbrechen zu fahnden, unverkennbar mit Unlust. Im Namen der Verjährung verlangt man sogar, daß sie straffrei ausgehen. Und angesichts solcher Dinge sollte man sich keine Sorgen machen?

Zweitens: Ich sagte bereits, daß das wiedererstandene Deutschland gegen alle Gewalt Widerwillen empfinden müßte. Leider stellen wir fest, daß Eure Sympathien allzu oft denen

gehören, die Krieg machen. Dafür ist Vietnam ein Beispiel. Alle Völker, die für Freiheit und Menschenrecht eintreten, verlangen Frieden für Vietnam, und Euer Platz wäre auf der Seite der Angegriffenen, aber Ihr steht auf der Seite der Angreifer.

Ihr gesellt Euch zu denen, die den Krieg wollen, und wenn Ihr hört, daß ein Regierungschef, der immerhin eine der größten Figuren des Widerstandes war, für die Beibehaltung der jetzigen Grenzen eintritt (gemeint ist De Gaulle und seine Erklärung zur Oder-Neiße-Grenze) und Konflikte ausschließlich auf diplomatischem und friedlichem Wege regeln will, dann regt Ihr Euch auf. - Wie sollen wir bei solcher Einstellung Deutschlands nicht besorgt werden?

Und endlich der dritte Grund für unsere Besorgnisse:

Die deutsche Nachkriegsjugend wurde von denen erzogen, unterrichtet und ausgebildet, die unter dem nationalsozialistischen Regime gelebt, die es hingenommen und unterstützt hatten. Das ist eine Generation, die nur an Revanche denkt.

Diese Lehrer und Erzieher mußten zwangsläufig die historische Wahrheit verbergen und die Nazigreuel verharmlosen. Ein Beweis dafür ist für mich die in Deutschland herrschende Einstellung gegenüber unseren Freunden vom Verband der Verfolgten des Nazi-regimes. Die Naziopfer werden wie verdächtige Leute, ja sogar wie Feinde behandelt. Gerade die, die um den Preis ihres Lebens versuchten, gegen das entartete Naziregime zu kämpfen und so die deutsche Ehre zu retten, gelten heute fast als Verräter.

Ich kenne Willy Brandt nicht, aber die bloße Tatsache, daß man ihm seine Zugehörigkeit zur norwegischen Armee vorwirft, die Euch von Hitler befreien wollte, erscheint mir ungeheuerlich.

Aber ich möchte nicht so pessimistisch schließen. Trotz aller unserer Besorgnisse möchte ich hier der Hoffnung Ausdruck verleihen, die wir in die deutsche Jugend setzen. Wir hoffen, daß diese Jugend nach der Wahrheit suchen wird und daß sie mit

der Jugend der Völker, die einst Hitler zum Opfer fielen, freundschaftliche Beziehungen anbahnt, um sie verstehen zu lernen.

Mit ihnen Hand in Hand kann sie für den Frieden in der ganzen Welt arbeiten. Wir hoffen, daß sie alles tun wird, um in Eurem Land krankhafte Revancheideen und militaristischen Ungeist auszurotten, die der Nährboden für die Bildung von Nazi- und SS-Bünden sind.

Wenn sie so handelt, folgt sie Papst Johannes XXIII., der alle Menschen guten Willens aufrief, gemeinsam für das höchste Gut der Menschen zu wirken, für den Frieden.

Nachbemerkung der Redaktion:

Gewiß trifft Abbé Glasberg mit seinen Ausführungen das Wesen der westdeutschen Wirklichkeit unter der Bonner Regierung. Aber wir vermissen, daß er nicht differenziert zwischen den Deutschen, die demokratische und friedliche Ziele verfolgen und jenen, die mit ihrer Haltung die friedensgefährdende Politik Bonns fördern und stützen. Keinesfalls können wir uns auch damit einverstanden erklären, daß der Redner die Existenz eines zweiten deutschen Staates, die DDR und die Friedenspolitik ihrer Regierung, völlig ignoriert.

Immer wieder Seeböhm

"Die Wiedergewinnung der Heimat ist nach wie vor das Hauptziel der Arbeit unserer Landsmannschaft", erklärte Bundesminister Seeböhm in seiner Eigenschaft als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft in einem "Gruß zum Jahreswechsel". Der Bonner Verkehrsminister behauptete ferner: "Die Ansässigkeit der heute in den sudetendeutschen Heimatgebieten lebenden fremdnationalen Bevölkerung ist völkerrechtlich fehlerhaft."

Wir fragen: Wie lange noch kann Seeböhm, der immer wieder revanchistische Forderungen öffentlich erhebt, Minister sein?

Die „formierte Gesellschaft“

Durch Herrn Erhard ward dieses neue Schlagwort geboren. Es erinnert verdammt an ein vor 33 Jahren geprägtes: an die berüchtigte "Volksgemeinschaft" Hitlerscher Prägung.

Wer einmal die Reden von der "formierten Gesellschaft" näher untersucht, wird finden, daß hier Gedanken entwickelt werden, die darauf abzielen, das gegenwärtige politische Kräfteverhältnis auf der Grundlage der engen Verbindung zwischen den großen Industrie- und Finanzunternehmen einerseits und der Bundesregierung andererseits auf alle Ewigkeit zu zementieren.

Wenn Bundeskanzler Erhard auf dem CDU-Parteitag im März 1965 von einer "Reform der deutschen Demokratie" und von der "Neugestaltung unseres Erdteiles" sowie von der "ideologischen und politischen Aufzehrung des Sozialismus" redet, dann wird klar, für welchen Zweck die Bürger der Bundesrepublik "formiert" werden sollen.

Die "Leistungsgesellschaft", wie sie an anderer Stelle genannt wird, bedeutet, daß auch heute wieder das gesamte Leben einer politischen, ökonomischen und auch militärischen Offensiv-Strategie untergeordnet wird, die - wie man in Bonn glaubt - zusammen mit den USA in der Lage wäre, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren. Aus dieser Zielsetzung ergibt sich die Übereinstimmung mit den Auffassungen der Militaristen und Revanchisten, aber auch gleichzeitig die Gefahr, daß alle Nichtkonformisten, alle, die diesen Kurs ablehnen, zu Außenseitern der Gesellschaft gestempelt werden.

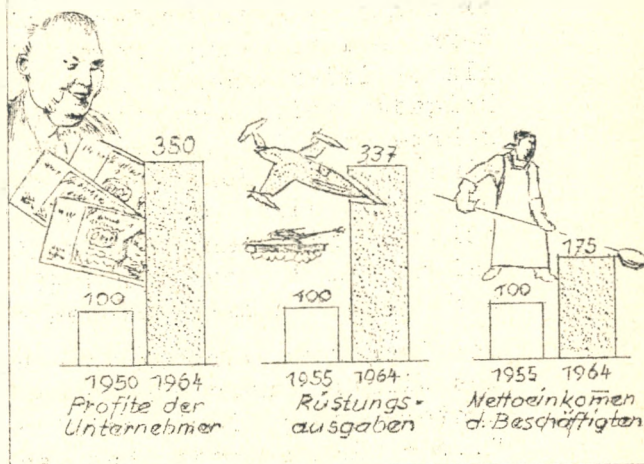
So betrachtet werden die massiven Angriffe gegen die Gewerkschaften verständlich und die entwürdigende und diffamierende Argumentation gegen die Intellektuellen erklärbar.

Professor Erhard hat an einer anderen Stelle seiner Rede auf dem CDU-Parteitag deutlich gemacht, daß er dieses gesellschaftliche Bild nicht nur als nützlich für die Bundesrepublik betrachtet, sondern ihm europäische Bedeutung beimißt. So wird im

neuen Gewand, aber mit den alten Kräften zwar noch vorsichtig, aber doch deutlich genug die Neuordnung Europas unter der Vorherrschaft der deutschen Monopole und Militaristen propagiert.

Für die Widerstandskämpfer, für alle Menschen, die in diesen Tagen sich an das furchtbare Geschehen von 1933 zurückerinnern, wird hier die große Verantwortung und Aufgabe für die Gegenwart und Zukunft sichtbar. Es gilt daher, verstärkt den Kampf für die Sammlung der demokratischen Kräfte zu führen und Alternativ-Vor-

Erhard's „Formierte Gesellschaft“



schläge zu entwickeln, die die vollen demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik wieder herstellen und sichern. Ebenso ist es notwendig, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Kriegsofferverbänden alle Schritte zu unterstützen, die der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit dienen.

Unsere Aufgabe muß es sein, für die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten einzutreten und Vorschläge zur Abrüstung und zur Entspannung zu entwickeln.

Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik sondern im besonderen für Westberlin, wo den hier wirkenden demokratischen Kräften als Mittler zwischen Ost und West besonders hohe Verantwortung auferlegt ist.

Unvergessen: Wilhelm Thews

Am 8. Februar 1943 wurde in Bln.-Plötzensee der Widerstandskämpfer Wilhelm Thews im Alter von 32 Jahren hingerichtet. Damit wurde das Leben eines Deutschen sinnlos ausgelöscht, der sich vor allem durch einen hohen Gerechtigkeitssinn auszeichnete.

Wilhelm Thews hatte nach dem ersten Weltkriege mit Erfolg seine Prüfungen als Bauingenieur bestanden, konnte aber in der damaligen Notzeit keine Anstellung finden und arbeitete deshalb als Steinträger und Kanalarbeiter. Mühsam ersparte er sich die Mittel für eine Reise in die Sowjetunion, von der er als Freund der jungen Sowjetmacht zurückkehrte und Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde. Nachdem er sich endlich in seinem Beruf beim Bau von Autostraßen betätigen konnte, warb er unter den Bauarbeitern für seine antifaschistische Überzeugung. Das tat er auch, nachdem Hitler in Deutschland seine Terrorherrschaft errichten konnte.

Als die Gestapo, darauf aufmerksam geworden, die von ihm geleitete Widerstandsgruppe sprengte und nach Wilhelm Thews fahndete, befand er sich bereits in der Tschechoslowakei. Von Dänemark und Frankreich aus nahm er weiterhin an der antifaschistischen Arbeit teil; er zählte zu den ersten Antifaschisten, die den spanischen Arbeitern in ihrem Kampf gegen die Franco-Faschisten zu Hilfe eilten. Als Offizier nahm Wilhelm Thews an den Kämpfen der Internationalen Brigaden teil. Nach vorübergehender Internierung in Frankreich kehrte er auf illegalem Wege nach Deutschland zurück und übernahm eine leitende Funktion in der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe, die besonders nach Ausbruch des Krieges eine umfangreiche antifaschistische Widerstandstätigkeit leistete. Im Jahre 1941 wurde er verhaftet, am 8. November 1942 zum Tode verurteilt und vier Monate darauf gemeinsam mit mehreren seiner Kameraden in Plötzensee ermordet.

In einem kurz vor dem Tode an die Eltern gerichteten Briefe hat uns Wilhelm Thews ein schönes Zeugnis seines Denkens und Fühlens hinterlassen; hierin heißt es unter anderem:

"...Und immer wieder hat das Leben mich vor Aufgaben gestellt und mich wählen lassen zwischen Kampf und Verzicht. Wir haben das Leben nie verachtet, niemand, glaube ich, liebte die Sonne mehr als wir! Aber um des höheren Zieles willen haben wir es an die zweite Stelle gesetzt und an die erste Stelle den Kampf! Den Kampf unserer Zeit mit all seiner Brutalität und Gemeinheit, mit seinem Haß und seinem Grauen und mit der Gewißheit, daß am Ende unserer das Zucht- haus wartet, die Kugel oder das Beil.

Und wenn ich jetzt am Ende meinen Blick nach vorn richte, so weitet sich meine Brust, denn ich sehe vor mir Eure strahlende neue Welt, für die wir gekämpft haben. Ich sehe vor mir Eure Zeit, die frei von Haß und voll Liebe ist, in der die Sonne ohne Unterlaß scheint. Ein weites Feld voll Arbeit, ein schöner Frühlingmorgen der Völker bricht an. Der jahrtausendealte Traum der Menschheit wird zur Wirklichkeit - "Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen". Nicht mehr das Gebet um unser täglich Brot wird Euch belasten, und Euer Kampf wird die ehrenvolle Arbeit sein, die uns Menschen zu den wahren Höhen unser Erde führen wird. Ihr werdet kühn die Sterne vom Himmel holen, deren Glanz wir nur ahnten und deren schwacher Schein doch schon unser Leben vergoldete. Unsere Zeit wird Euch einmal ferner und fremder sein als uns die Pyramiden des alten Ägypten. Aber eins wird uns und Euch durch alle Zeit verbinden: die Freude am Leben! ..."